

Die „Volkstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
von Tagen nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil
verantwortlich:
Carl Lanlau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von L. Arnoldt,
Magdeburg.
Gesamtpreis: Einschlag
Nr. 1567, Amt I.

Volkstimme

Prämumerando zahlbarer
Abonnementpreis:
Bierteljährlich inkl. Bringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
In der Expedition u. den An-
gabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
einkl. Bestellgeld,
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Seite.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

No. 36. Magdeburg, Dienstag, den 12. Februar 1895. 6. Jahrgang.

Wie in Ostpreußen Wahlen gemacht werden.

Die Wähler des Wahlkreises Oletzko-Lyd-Johannis-
burg haben demnächst eine Ersatzwahl zum Reichstage vor-
zunehmen. Es bewarben sich um das Mandat der kon-
servative Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Graf
Stolberg, und der gleichfalls konservative Landrat
v. d. Groeben. Letzterer war von dem Bunde der
Landwirte dem Herrn Oberpräsidenten entgegengestellt
worden, da dieser den Junkern als Anhänger und Für-
sprecher der deutsch-russischen Handelsverträge ein Dorn im
Auge war. Landrat und Oberpräsident befanden sich da-
her in einer recht eigenartigen Situation, und es ist denk-
bar, daß von gewisser Seite auf den Landrat eingewirkt
ist, ihn zum Rücktritt von seiner Kandidatur zu bewegen,
welcher nun auch erfolgt ist.

Ein der Leipziger Volkszeitung zugegangener Brief
ragt uns über die Ursachen des Rücktritts näheres. Der
Brief lautet:

Krenstein, 5. Februar 1895.
bei Tesenies i. Dsyr.

Mein verehrter hoher Chef!
Folgende weitere Entwicklung des Wahl-Tatplans Lyd-Oletz-
Johannisburg: Bloch und ich haben 17. Januar in Lyd die Kan-
didatur Landrat Groeben mit 140 gegen 10 durchgesetzt. Am
19. Januar verzichtete Stolberg zu Gunsten Kullack, Groeben,
trotzdem er am 17. angenommen hatte, d. h. Kullack nimmt an —
und tritt bald darauf zurück. Stolberg beruft eine Versammlung in
Lyd ein, bestehend aus sich, dem Regierungspräsidenten und den drei
Landräten. Diese — sonderbare Versammlung nominieren abermals
Graf Stolberg, dieser acceptiert erneut und wird nächsten Tages
(29. Januar) durch eine ad hoc einberufene Vertrauensmännerver-
sammlung der Konservativen nominieren.

Sie können sich vorstellen, welche Mißstimmung herrscht über
dieses Vorgehen. Ich habe historische Darlegung des Falles (ohne
Kritik zu üben) an Bloch geschickt — dringlichst zur eventuellen
Berücksichtigung, habe aber ausdrücklich gebeten, vorher Köllner
(Minister. D. R.) vertrauliche Mitteilung von allem zu
machen. — Ich will nicht, daß Köllner Unannehmlichkeiten bereitet
werden. Die sämtliche Männer des Wahlkreises, die irgend in Betracht
kommen, definitiv abgelehnt haben, mußte ich einen anderen Ost-
preußen suchen. Alle haben mir Kopf gegeben. — Borde-Talksdorf
(Kreis Rastenburg) nimmt an, trotz Ausschließlichkeit. Er ist den
wenigen (ten geliebtenen) Führern des Bundes als Kandidat genannt,
wird von ihnen acceptiert. Männer, die außerhalb Ostpreußen
wohnen, werden unter keiner Bedingung acceptiert. Es handelt sich
nur um die Stimmen, die — wenn der Bund keinen Kandidaten
aufstellt — rettungslos Seydel-Gehelchen zufallen. Daher ist keine
Freude für die Kandidatur.

Borde nimmt diese wenig aussichtslose Sache auf sich. — Nun
wird Kiepenhausen wiederholt vorgeschlagen. Dieser ist einfach un-
möglich, da er nicht Ostpreuze ist.

Ob Bloch noch meine Bitte erfahren wird, zweifelhaft; er scheint
sich für Kiepenhausen zu erwärmen.

Es ist dringend nötig, daß Stolbergs unerhörtes, uns
alle tief schädigendes Vorgehen dem Minister bekannt
werde. — Ich hielt es für Pflicht, Sie zu orientieren. Die Er-
eignisse werden die Zukunft dieses Briefes überholen. Bitte, unter-
stützen Sie mich. Die Furcht wegen Antisemitismus (Borde) ist
lächerlich. Hier heißt es, die äußerste Blamage vermeiden, bitte,
helfen Sie, so weit Sie können. Sie kennen Exzellenz v. Köllner ja
näher. Auf Wiedersehen am 13. d. M.

Ihre aufrichtig und treu ergebener

(folgt Unterschrift.)

Der Schreiber dieses Briefes soll ein konservativer Reichs-
tagsabgeordneter sein. Seydel-Gehelchen ist ein Kämpfer der
Schnapsbrennerinteressen, Bloch ist der bekannte Führer
des Bundes der Landwirte, Kiepenhausen-Orangen ist ein
selbstgefälliger in Agrarpolitik dilettierender Junker. —
Dies zur Erklärung. Wenn in dem Schreiben gesagt ist:
Die Ereignisse werden die Ankunft dieses Briefes (Berlin)
überholen, so ist dies thätlich der Fall. Der von den
drei Landräten im Beisein des Regierungs-
präsidenten aufgestellte Kandidat, Oberpräsident der
Provinz, Graf Stolberg, beruft augenblicklich den Wahl-
kreis, sich „seinen“ Wählern vorstellend.

In einem „Extrablatt“ des Johannesburger Kreis-
blattes bringt der „Landrat“ von Amts wegen zur
„allgemeinen Kenntnis“, daß der Oberpräsident und der
Regierungspräsident am Freitag und Sonnabend den Kreis
bereisen werden, „um sich mit den hiesigen
Verhältnissen bekannt zu machen: Gleich-
zeitig wird mitgeteilt, daß beide Herren am Freitag vor-
mittags in Bialla, am Nachmittage in Johannisburg und
Sonnabend abend in Arns sein werden.

In der gleichen Nummer vorgenannten Amtsblatts
gibt derselbe Landrat (aber diesmal nicht von Amts-
wegen) sondern im Auftrage des konservativen Wahl-
vorstandes bekannt, daß seitens der „Vertrauensmänner“
der drei Kreise — wohlgerneht der drei Landräte in Ge-
meinschaft mit dem Regierungspräsidenten — der Ober-
präsident als Kandidat der konservativen Partei aufgestellt
worden sei und daß der Herr Oberpräsident Gelegenheit
nehmen werde, in den drei vorgenannten Orten seine
Stellung zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen
den Wählern des Kreises Johannisburg darzulegen.
Später wird der Herr Oberpräsident wohl die beiden
anderen Kreise bereisen und sich den Wählern als der
von der konservativen Partei aufgestellte Kandidat vor-

stellen — und die Wähler werden die Kandidatur acceptieren.
Man weiß ja, wie das kommt.

Wenn die innere Geschichte der Wahlmacherei in
einer altpreussischen Provinz (deren Mannen sich rühmen,
für Sitte, Ordnung und Gesetz kämpfen zu wollen), vor-
trefflich erzählt ist durch vorstehend nachgedruckten Brief,
so zeigt die angekündigte Wahlagitator andererseits, daß
die Arrangements derselben das praktische mit dem nützlichen
zu verbinden verstehen.

Wie deutlich aus den Erklärungen des Landrats des
Kreises Johannisburg hervorgeht, tritt der Herr Ober-
präsident bei Gelegenheit einer amtlichen **auf Staats-
kosten** ausgeführten Reise zugleich als **Reichs-
tagskandidat** auf.

Der Landrat in seiner Doppelstellung macht be-
kannt — als Landrat das amtliche Erscheinen
des Oberpräsidenten und als konservativer Agitator das
Erscheinen des Oberpräsidenten in einer
Wählerversammlung. Mehr wird niemand verlangen
können.

Daß das Ergebnis einer solchen Wahl der Ausfluß
wahrer Volksmeinung ist, wird niemand — auch selbst
der um Hilfe angerufene „Köller“ — nicht in Zweifel
ziehen wollen. Im Falle einer Neuwahl überall mit
gleichen Mitteln operiert, kann Herr v. Köller über einen
gefülligen Reichstag verfügen.

Und so etwas nennt sich — Ordnung! —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Wie in Ostpreußen Wahlen gemacht werden,
ersehen unsere Leser aus einem der Leipziger Volkszeitung
zugeflogenen Schreiben. Jetzt wird bekannt, daß der Ober-
präsident der Provinz, Graf Stolberg, bei Gelegenheit
einer amtlichen auf **Staatskosten** ausgeführten Reise
sich als Reichstagskandidat vorstellt. Sogar die Kreuz-
zeitung findet, daß diese Art der Agitation „über das er-
laubte Maß hinausgeht“. Ja, wenn es sich nur nicht
um einen dem Junkerbunde unangenehmen Kandidaten
handelte — sonst würde die Kreuzzeitung nichts dagegen
haben und hervorheben, es sei bei den Wahlen Pflicht der
Behörden, das Publikum vor den Umgarungen durch
die Agitation staatsfeindlicher Parteien zu warnen. —

Die öffentliche Erklärung der Professoren zc.
gegen die Umsturzvorlage weist darauf hin, daß die Lage
der untersten Klassen einer durchgreifenden Verbesserung
bedürfe und die Freiheit in der Kritik des Bestehenden
notwendig ist. Es kommt hinzu, daß jeder soziale Fort-
schritt unvermeidlich verbunden ist, mit der Entwicklung
eines gewissen Klassegegensatzes. Dieser Klasse-
gegensatz bringt es leicht mit sich — sagt die Erklärung —
daß die **Justizorgane**, die sich im Wesentlichen aus den
oberen Klassen rekrutieren, trotz des besten Willens
von einer Voreingenommenheit gegen die Wortführer der
unteren Klassen beherrscht und daher geneigt sind, be-
denkbare Paragrafen zu deren Ungunsten auszulegen.
Wird die freie Kritik und Aussprache getroffen, so ist eine
bedauerliche **Stimmung** des sozialen Fortschritts
die notwendige Folge. Die Erklärung giebt schließlich
die Ueberzeugung Ausdruck, daß die Umsturzvorlage Aus-
schreitungen nicht hindern, sondern geradezu **fördern**
werde. — Wir geben auch den Inhalt dieser Erklärung
als Stimmungsbild wieder; unterzeichnet ist die Erklärung
u. a. auch von den Pfarrern Paul Goehle, Lorenz,
Naumann, Heide und Werner, dem Landgerichtsrat Kule-
mann, welcher der nationalliberalen Partei angehört,
welche bekanntlich entschieden für die Umsturzvorlage ein-
tritt. So mehren sich die Stimmen gegen die Vorlage,
aber sicherlich nicht zum Vorteil derselben. —

Die Erklärung gegen die Umsturzvorlage
wird auch von der Magdeburgischen Zeitung besprochen.
Sie hält es für ausgeschlossen, daß die Bewegung einen
„allgemeinen“ Charakter annehmen könnte. Das Warum
erörtert das Blatt nicht. Die Furcht auf die eine oder
die andere Weise öffentlich in den Bann gethan zu werden
hält manchen Gegner der Umsturzvorlage ab, seinen Namen
unter die Erklärung zu setzen. Desto eher würde die Miß-
stimmung zu Tage treten im Falle einer Reichstags-Neu-
wahl, darauf kann die Magdeburgische Zeitung sicher
rechnen. —

Endlich (ruft das Stöckerische Volk) hat sich im
Reichstage ein Abgeordneter von der rechten Seite gefunden,
um den „maßlosen Uebergriffen“ des Herrn v. Stumm
entgegenzutreten. Dieser Abgeordnete ist Professor Hüpeden
— wir haben uns mit seinen Ausführungen beschäftigt.
Das Volk wünscht, Professor Hüpeden möge nunmehr
von der Defensiv zur Offensiv übergehen und den
Fall Wagner-Stumm, die unerhörten Beschlüsse der Groß-
industriellen im Saarrevier gegenüber den evangelischen
Arbeitervereinen, überhaupt die ganze Persönlichkeit des

Mannes beleuchten, der die Arbeiter nicht als gleichberech-
tigte Vertragsschließende, sondern als eine Art Gefinde
behandelt. — Wenn wir auch bezweifeln, daß Hüpeden
dem Wunsche Stöckers nachkommt, (da gerade Hüpeden
es war, welcher, als der Fall Stumm-Wagner in der
Umsturz-Kommission zur Besprechung stand und über
Aufnahme des Duells unter § 111a fallend abgestimmt
wurde, sich drückte) so nehmen wir von diesem Ent-
stehungsstadium sehr gern Notiz. Er beweist uns, daß Herr
v. Stumm überall aneckt — und sein Anhang in den-
jenigen Kreisen sich mindert, welche noch nicht so tief
gesunken sind, mit Zuckerbrot und Peitsche die soziale Frage
lösen zu wollen. —

Die **Christlich-Sozialen** entzweiten sich über den
Ton, den der Abgeordnete Frhr. v. Stumm im Reichs-
tage gegen die Christlich-Sozialen angeschlagen hat. —
„Naumann und Konsorten“ — sagte in einer Versamm-
lung der christlich-sozialen Partei, die Freitag in Berlin
tagte, Herr v. Gerlach — „so spricht man von **Ver-
brechern**, aber nicht von evangelischen Geistlichen. —
So lange Herr v. Stumm nur die sozialistischen Ver-
treter mit „maßlosen Angriffen“ überschüttete, ist es den
Christlich-Sozialen nicht im Traume eingefallen über den
„Ton des Herrn v. Stumm“ zu klagen, jetzt, wo Herr
v. Stumm seine Pfeile gegen die Geistlichen richtet,
welche für Koalition der Arbeiter, wenn auch nur der
christlich-sozialen Arbeiter, eintreten — ja Bauer, da ist
es ganz was anderes. —

Vorboten.

Von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung wird Pfarrer
Naumann der Umstürzerei bezichtigt, weil er in seinem
Organ zwei Vieder einer Arbeiterin veröffentlicht, wovon
eins lautet:

Im dumpfen, staubigen Saal der Fabrik
Arbeit' ich mit Euch um die Beile.
Gleich Euch, Ihr lieberhaft thät'gen Frau'n,
Eurem Joch zu tragen, Eurem Loos zu schaun,
Trag' am Fuße ich Ring und Kette.

An langen Tischen in Reihe und Glied
Gebüchse, blutige Gestalten,
Ob bleich das Antlitz, ob heftig rot,
Gezeichnet ist's für den frühen Tod
Mit des zehrenden Hungers Falten.

Ich seh' den mächtigen Schnitter, den Tod,
Mit Spitze und Stundenglas kommen,
Auf diesem Felde reißt schnell die Saat,
Er schwingt den Arm, er Holt aus zur Mahd,
Und das Leben ist still verglommen.

Du, Gottesbote, allmächtiger Tod,
Die Kette nimm unseren Fäden,
Du schneidest den Reichen, den Mächtigen nicht,
Du zwingst uns all' vor ein gleich Gericht,
Schnitter Tod! Die Enterbten grüßen!

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung redet von diesen Ge-
dichten als einem Skandal, der eine „reine und gründ-
liche Scheidung unerlässlich macht. Das Blatt beschimpft
dabei in gräßlichster Weise die Pastoren Naumann, Vi-
eber „und Genossen“, denen es vorwirft, daß sie „zur
Befriedigung ihres persönlichen Ehrgeizes sich aus der
Haut anderer Leute Nerven schneiden und auf Kosten
fremder Geldbeutel eine wohlfeile Volkstümlichkeit er-
werben.“ — Und das Alles, weil die Rheinisch-Westfäl-
ische Zeitung fürchtet, die beiden Gedichte könnten einigen
empfindsamen Kohlenmagnaten die gute Laune verderben!
Nun, wenn die Umsturzvorlage Gesetz ist, kann ja die
Rheinisch-Westfälische Zeitung darauf dringen, daß solche
Umstürzler wie die Pastoren Naumann, Weber
„und Genossen“ **auf einige Jahre unschädlich ge-
macht** werden. —

Die **Christlich-Sozialen** sind bis jetzt viel zu
zähm gegen das Großkapital vorgegangen, **das sollte
nun anders werden** — sagte der Sekretär der christlich-
sozialen Vereine, Herr Tischendorf, in einer Versamm-
lung in Berlin. Solche Drohungen schrecken die Ver-
treter des Großkapitals nicht. Sie wissen nur, daß die
Umsturzvorlage sobald sie Gesetz geworden, jede Kritik
unmöglich macht und denjenigen, der in anderer als
„zahmer Weise“ das Großkapital bekämpft hinter Schloß
und Riegel bringt. —

Auf den **neuen Landwirtschaftsminister**, Frei-
herrn von Hammerstein, hatten die Junker Osteliens
hoheitsvoll geblickt und gehofft, daß er „die Karre aus
dem Dreck“ herausziehen wird, in den sie nach An-
schauungen bekannter Junker geschoben worden ist — die
Herren spielten hiermit auf die Handelsverträge an. Jetzt
müssen die Junker gewahr werden, daß es doch nicht so
leicht ist, die Karre aus dem Dreck zu ziehen. Auf der
Provinzialversammlung in Hannover erklärte der Herr
Minister: „Wenn jedoch die auf ihn gesetzten Erwartungen
sich nicht erfüllen sollten und es ihm nicht gelingen werde,
die Karre aus dem Dreck herauszuschleppen, dann möge

man erwäge, daß es ihm an dem besten Willen nicht gefehlt habe, es habe dann nur an der Möglichkeit des Vollbringens gefehlt. Der Herr Minister glaubt, daß er ob dieser Worte im Osten „verkehrt“ wird. Kann sein — wer den Junkern nicht zu willigen, wird sich als Minister nicht allzulange seiner Stellung freuen. Ein leuchtendes Beispiel die — gegangenen Minister. —

Redaktion in der Sozialpolitik. Die Freisinnige Zeitung erinnert an die Widersprüche der Reichsregierung. In Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung habe 1889 Herr v. Bötticher erklärt, es sei nichts eingetreten, was den Bundesrat hätte veranlassen können, sich von neuem mit der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung zu beschäftigen und von seiner ablehnenden Haltung abzugehen. 1890 erschienen aber die bekannten Erlasse, welche die Arbeiterschutzgesetzgebung einleiteten. Alle Gesetze, die dem Reichstage unterbreitet werden — sagte ein Jahr später (wir glauben uns in der Zeit nicht zu irren) der Graf Caprivi — werden daraufhin geprüft, welche Wirkung sie auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung ausüben. Trotzdem 1895 es als Aufgabe des Staates betrachtet wurde, die schwächeren Klassen zu schützen, die ausgleichende Gerechtigkeit zum Austrag zu bringen, den minder wohlhabenden Klassen ein gewisses Maß von Wohlfinden zu sichern, kann es nach den Erklärungen des jetzigen Reichskanzlers sowie des Handelsministers keinem Zweifel unterliegen, daß die sozialpolitische Gesetzgebung für absehbare Zeiten völlig eingefroren ist aus Furcht vor der Sozialdemokratie, die sich der sozialpolitischen Gesetzgebung bemächtigt. Die Freisinnige Zeitung schreibt wörtlich: „Die plötzliche Wendung im Jahre 1890 wurde damals als ein moralischer Erfolg dieser Partei ausgegeben. Indem die Regierung jetzt erklärt, daß sie an sich wichtige Gesetze wegen der agitatorischen Ausbeutung unterläßt, drückt sie der Sozialdemokratie neue Angriffswaffen in die Hand. Dieselbe wird nicht unterlassen es so darzustellen, daß die Regierung zwar Mittel besitze, den minder wohlhabenden Klassen zu helfen, aber aus Furcht vor der Sozialdemokratie diese Mittel nicht anwenden wolle. — Wir pflichten diesmal der Freisinnigen Zeitung vollständig bei. Aus Furcht vor der Machtentfaltung der Sozialdemokratie erblickt ja auch das sogenannte Umsturzgesetz. Mit ihren Erfolgen kann die schon so oft todtgeschlagene und todtgezagte Sozialdemokratie vollständig zufrieden sein. —

Zu der Rede des Abg. Leuzmann schreibt die Leipziger Volkszeitung: Die Ordnungsparteien reden sich immer mehr in die Angst von einer baldigen Revolution hinein, und die Regierungsvertreter thun alles, diese Stimmung zu steigern. Man will für eine etwaige Auflösung des Reichstages, die immer mehr Wahrscheinlichkeit gewinnt, eine aufregende Wahlparole haben, die den Ordnungsparteien Angstschweiß zutreiben soll. Die Leipziger Volkszeitung weist auch auf die Angstwahlen von 1878 und 1887 hin und schreibt: Die heutige Situation ähnelt der jener Jahre. Stimmt. —

Zum Selbstkostenpreise. Der Kaiser soll nach dem Berliner Lokal-Anzeiger in seinem Vortrage erklärt haben, Krupp habe sich erboten, falls die bevorstehende Marinevorlage bewilligt werde, das Material zu den neu zu erbauenden Kriegsschiffen zum Selbstkostenpreise zu liefern. — Und dennoch werden die Sozialdemokraten die bevorstehende Marinevorlage nicht bewilligen. Das Volk, dessen Lebenslage sich immer schwieriger gestaltet, steht hierbei auf unserer Seite. Im Anschluß an diesen Vortrag wird erneut die Befürchtung ausgesprochen, daß die

Einkünfte aus der Tabakfabriksteuer zu einem großen Teile zum Ausbau der Marine verwendet werden sollen. Antiklerikale, konservative und nationalliberale Blätter sind angewiesen worden, dieser Befürchtung entgegenzutreten. —

Für Steuerzahler wichtig. In der Aula der Kriegsakademie hielt der deutsche Kaiser vor circa 500 Offizieren u. einen Vortrag über die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Heer und Flotte unter besonderer Berücksichtigung des chinesisch-japanischen Krieges. Der Vortrag soll gedruckt werden. An Kritik wird es nicht fehlen. —

Vom konfessionellen Kriegsschauplatz. Weil der Prediger Dr. Bischof sich geweigert das Apostolikum zu verlassen (das seiner Ueberzeugung widerspricht), wurde er nach einem Berichte der Nationalzeitung seines Amtes entsetzt. —

Beamtenbeleidigung. Genosse Buchbinder Jahn (Berlin) soll gelegentlich eines Vortrages in Breslau geäußert haben: in Pienitz habe der überwachende Polizeibeamte verschiedene seiner Ausführungen Beifall gezollt. Eine größere Dummheit konnte unser sonst sehr geschickter operierender Genosse gar nicht begehen. —

Ausland.

Schweiz. Gegen das Duell erklärte sich der throler Landtag. Er beschloß eine Adresse an den Kaiser zu richten behufs Hintanhaltung des Duellunfugs in der Armee. So ein „wildes“ Land. —

Belgien. Der Vätticher Anarchistenprozeß ist beendet. Die Hauptangeklagten, Westkamp und Müller, wurden zu lebenslänglicher, die übrigen Angeklagten zu mehreren Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der Prozeß, auf den wir zusammenfassend zurückkommen, hat in drastischer Weise die Thätigkeit des international organisierten Spießtums und seiner Begünstiger enthüllt. Bei der Beratung der Umsturzvorlage wird der Vätticher Anarchistenprozeß eine nicht unbedeutende Rolle spielen. —

Italien. Die Zeitungen veröffentlichen einen herzbelegenden Brief der Tochter De Felices, Maria, nach ihrem kürzlichen Besuch im Kerker zu Volterra: „Wir kehren in diesem Augenblicke von einem Besuch im Kerker und einem Gespräch mit dem Vater zurück. Es war herzzerreißend. Der graue Galerenanzug, das geschorene Haar, die erloschenen Augen, das totenbleiche Gesicht und eine große blaue Nummer 668 auf der Brust, auf der Stelle des Herzens, machten ihn vollständig unkenntlich. Ich dachte, ich müßte wahnsinnig werden bei seinem Anblick. Wie ist er herabgekommen, grauenhaft verändert durch den fürchterlichen Aufenthalt! Hätte die Wache mir nicht gesagt: Hier ist Ihr Vater! und hätte mein Herzensgefühl mich nicht zu ihm hingetrieben, ich wäre dort vor dem Gitter starr vor Entsetzen stehen geblieben und hätte ihn nimmer erkannt. Unser Gespräch dauerte eine halbe Stunde und war tief schmerzlich und aufregend. Er sagte mir, daß seine Gesundheit durch fortwährenden Blutverlust leide. „Versichere alle diejenigen,“ sagte er mit einem Säckeln, „das mir das Herz zerschneidet, die glauben könnten, ich sei schwach, daß ich stark bin, aber daß die Leiden und Qualen, denen ich hier unermessen bin, doch stärker sind als ich.“ — Ich hatte mir vorgenommen, an mich zu halten und fest zu bleiben; aber ich brach in ein trampfhaftes Schluchzen aus. — Ich kann in diesem Augenblicke nicht mehr schreiben. Ich wiederhole, ich habe das Gefühl, wahnsinnig zu werden. Maria De Felice.“

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen

* Eine Statistik der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1880—94 hat der Verband deutscher Buchdrucker aufgenommen. Im Gesamtdurchschnitt dieser 14 Jahre waren arbeitslos 690 Mitglieder, es wurden volle Unterstüßungsmonate gezahlt 479. Anders ausgedrückt waren während dieser Zeit ständig jahraus jahrein 379 Mitglieder oder 4,1 Prozent aller Mitglieder des Buchdruckerverbandes außer Arbeit und auf die Unterstützung ihrer Organisation angewiesen. Kann diese Statistik auch keine vollen Rückschlus auf die Arbeitslosigkeit im Buchgewerbe machen, einmal infolge der Schwierigkeiten, die mit Aufnahme einer privaten Statistik verbunden sind, und weiter daß ein großer Teil Buchdrucker garnicht organisiert ist, so weisen dennoch diese Zahlen auf die im Buchgewerbe obwaltende Arbeitslosigkeit innerhalb der organisierten Buchdrucker und auf die Opfer hin, welche dieselben gebracht haben. Und solchem Vereine gegenüber bäumt sich das Unternehmertum auf, welcher mehr für die Wohlfahrt seiner Mitglieder kraft seiner Stärke errungen hat, als die vielgerühmte Sozialreform den Arbeitern bieten kann. —

* Auf der Braunschweiger Maschinenbau-Anstalt wurde annähernd hundert Arbeitern gekündigt. Weitere Kündigungen sollen bevorstehen. Als Grund wird Mangel an Aufträgen angegeben. Im vorigen Sommer mußte Tag und Nacht gearbeitet werden, während nun in der trostlosen Winterzeit die Arbeiter auf das Straßengpflaster geworfen und mit ihren Familien dem Hunger überantwortet werden. So will es die heutige auf der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise aufgebaute Gesellschaftsordnung. —

* Weitere Arbeiterentlassungen werden von der Zeche Baaker Mulde bei Linden (Westfalen) gemeldet. Andere Zechen haben Feiertage eingeführt. —

* Aus Oberschlesien wird gemeldet: Auf der Kohlenbergwerk und der Deutscheslandgrube sind insgesamt 300 Bergarbeiter entlassen. Außerdem stellt die konsolidierte Maria-Grube bei Wiedomitz am 1. Juli d. J. den Betrieb ein. Weitere 600 Arbeiter werden dadurch beschäftigungs- resp. brotlos werden. Was die Aermsten in diesem Winter anfangen sollen, darum kümmert sich die herrschende Klasse nicht. Ist die Citrone ausgepreßt — wird sie fortgeworfen. —

Aus den Gerichtssälen.

§ Berlin. (Majestätsbeleidigung.) Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der Cigarrenarbeiter Franz Rosenfeld vor der siebenten Strafkammer hiesigen Landgerichts zu verantworten. Der Angeklagte, der sich zugegebener Maßen zu den Anarchisten zählt, hat auf offener Straße schwere Beleidigungen gegen den Kaiser geschleudert. Der Staatsanwalt beantragte 1 1/2 Jahre Gefängnis, der Gerichtshof erkannte jedoch auf drei Jahre Gefängnis. —

§ Halle a. S. (Anarchistenprozeß.) 21 Mitglieder, teils gewesene, teils jetzige Mitglieder des hierorts bestehenden kommunalen Klubs sind wegen Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken und Beschäftigung gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften, unter Anklage gestellt worden. Wir sehen wieder — es geht auch ohne Umsturzgesetz. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 10. Februar 1895.
— Reservelieutenant Strube. Die Vollstimme kündigt an, daß sie in den nächsten Tagen eine kleine Geschichte veröffentlicht werde, welche so recht die Auffassung der Ordnungsführer über den Begriff

Fenilletau.

Im Kampf ums Recht.

Roman aus der Zeit vor hundert Jahren.
Von Emanuel Wurm.

Man sah die Gewitterwolken nicht, die drohend sich aufgetürmt hatten an Horizont, man hörte nicht das leise Rollen des Donners, der in der Ferne grollte — und als der jubelnde Zug vom Marsfelde nach der Stadt zurückkehrte, bemerkten die freudebeimtenen Blicke auch nicht die bleichen, abgehärmten Gestalten der Armen, die in der Vorstadt teilnahmslos kaum vor die Thüre traten, um das prächtige Schauspiel zu sehen.
Für sie war ja noch immer keine Zeit der Freude gekommen — und sie hatten den Glauben wie die Hoffnung verloren, daß sie überhaupt auf Erden kommen werde.
Knot, Hunger, Krankheit — sie waren nach wie vor dem Pfortensturm eingekerkert in den Arbeiterwohnungen der Vorstädte.
Was half diesen Armen, daß in der neuen Verfassung die Gleichheit vor dem Gesetz ausgesprochen war?
Der Hunger wich deswegen doch nicht; das Korn wurde nicht billiger, und wenn es nicht gelang, einen Hund oder eine Kage zu fangen, wußte nicht mehr, wie Fleisch schmeckt.
Viele der Bürger, die mit zufriedenen Mienen von der Feier auf dem Marsfelde kamen, konnten die Teilnahmslosigkeit dieser Armen gar nicht begreifen.
Warum macht Ihr so trübe Gesichter? Es ruft doch: Es lebe die Verfassung! Habt Ihr denn kein Gefühl dafür, daß Ihr jetzt eben so viel getret, wie ein Herzog und Graf? Alle Franzosen sind vor dem Gesetz gleich!
Die merkwürdig erschien es doch den Kaufleuten und Handwerksmeistern, daß die Leute in der Vorstadt darüber nicht so laut jubelten!
Ach — was lag den Armen an der Gleichheit vor dem Gesetz!
Brot — Brot — Brot!
Es sammelten ihre Kinder, so klagten ihre Frauen — so riefen sie selbst — und das Brot war so teuer, so teuer!
Und trotz all' der glänzenden Reden in der National-

versammlung wurde das Brot weder billiger, noch erhielten die Hungernden gut bezahlte Arbeit!
Brot, Brot, Brot!
Nur einer sprach davon unter all den Jubelnden, daß es Arme und Hungernde gäbe, nur einer rief voll Zorn zwischen die zufriedenen Freunde der neuen Verfassung:
„Jubelt nicht! Das Elend wächst! Das Volk hungert!“
Man haßte ihn aber auch gründlich dafür und erniedrigende Schmähungen wurden in Umlauf gesetzt über den „gemeinen, rohen“ Marat. Hatte er es doch gewagt, den jetzt vergötterten Oberbefehlshaber der Nationalgarde, Lafayette, einen Feigling zu nennen, und den Grafen Mirabeau, der so glänzende Reden hielt über die Rechte des dritten Standes, einen Verräter, der von der Königin bestochen sei!
Der Volksfreund, wie die Zeitung hieß, welche Marat herausgab, wurde verfolgt, wie ihr Verfasser; wollte er nicht eine Baute seiner jetzt so mächtigen Gegner werden, so mußte er sich vor ihnen verbergen — sein Leben würde sonst im Bagno geendet haben, wo die Galerensträflinge gehalten wurden.
Ja — die neue bürgerliche Verfassung des Jahres 1790 war nicht minder grausam, wie es vorher die Willkür der Könige gewesen.
Bald nach dem glänzenden Jubelfest des Bastillengebendtages sollten es diejenigen spüren, die thöricht genug waren, an die glänzenden Versprechungen von Gleichheit und Recht zu glauben. In Manich empörten sich Schweizer Soldner, mißhandelt von ihren Offizieren, jedoch Schwärzer Soldner brachten die „Manteler“ zur Ruhe, die so frevelhaft gewesen waren, richtigen Sold und genügende Nahrung zu fordern. Die Ueberlebenden brachte man nach London auf die Galeren und die rote Sträflingsmütze bedeckte ihr Haupt.
Die rote Sträflingsmütze — sie ist ein Zeichen der Schmach! — Wer sie trägt, gilt nicht mehr als Mensch! Aber im Volksfreund schreibt Marat, diese Mütze bedeckte jetzt das Haupt von Königen.
O, wie man ihn deshalb haßt! Wie man ihn sucht, ihn und seine Drucker.
Die gesamte Polizei ist unablässig in Thätigkeit — sie will, sie muß ihn finden!

Wenig genug Freunde hat er — dafür aber um so treuere.
Zwei Männer besonders schützten ihn: der alte Schmied Barrin und Paul. In dem „Klub der Gleichen“ haben sie den wahren Wert dieses Mannes kennen gelernt, sie wissen, daß hinter der rauhen Außenseite ein heiß und innig fühlendes Herz für das Volk schlägt — daß er an nichts weiter denkt, als Brot und Arbeit den Armen und Aermsten zu schaffen.
Neben Marat strebte noch ein junger Mann von sechsundzwanzig Jahren nach dem gleichen Ziel, doch die Polizei war seiner bald habhaft geworden, und durch geschickte Intrigen hatte sie es sogar zu Wege gebracht, ihn wegen entehrender Vergehen, wie Unterschlagung und Veruntreuung, so zu verdächtigen, daß die „anständigen“ Bürger von diesem leichtsinnigen Schreiber Vabeuf genau so mit Verachtung sprachen, wie von Marat.
War es denn nicht auch Thorheit oder Wahnsinn, daß solche Leute erklärten, die neue Freiheit habe keinen Wert, so lange nicht Grund und Boden gemeinsames Eigentum aller sei und das Privateigentum beseitigt?
Nur sehr wenige hingen dieser neuen Lehre an, und am eifrigsten der alte Schmied und Paul. Sie sorgten auch dafür, daß Marat in seinem Versteck nicht gefunden wurde.
Doch — je mehr das Jahr dem Ende zuneigt, um so gefährlicher wird Marats Lage, denn immer unruhiger wird das Volk, immer gewalthätiger der König und sein Anhang.
Die Stimmen der Unzufriedenheit, welche laut werden, unterdrückt man; Marat muß sich in unterirdischen Gewölben verbergen. Während sein Volksfreund von den Arbeitern in den Vorstädten mit Begeisterung gelesen wird, kann sein Verfasser es kaum wagen, nachts aus den Kellern emporzusteigen, um frische Luft zu schöpfen.
Paul und der Schmied Barrin sind der Polizei bereits verdächtig geworden; am Sylvesterabend pocht es heftig an der Thür. Unwillig über den Lärm öffnet Paul; sein Weib braucht Ruhe; jede Stunde ist ihre Niederkunft zu erwarten!
Da bringen Polizisten ein; er wie Barrin werden verhaftet und fortgeschleppt.
(Fortsetzung folgt.)

„Sitt“ kennzeichnet, bei der die Hauptrolle der Sohn eines hiesigen Rentiers spielte. Nach genauerer Durchsicht der uns zugegangenen Mitteilungen handelt es sich um eine alltägliche Geschichte. Zwei junge Lebemann, darunter der Volontär Straube, hatten sich in Hannover in einem traulichen Stübchen an der Str. Barlinge (der Wohnung des Herrn Et.) mit zwei jungen Mädchen eingefunden und allerhand lose Scherze getrieben. Dem Wein wurde tapfer zugesprochen. Die jungen Leute konnten sich dieser Extravaganzen erlauben, da z. B. Herr Straube von seinen Eltern jährlich 1500 Mark Zuzuschuß bekommen haben soll. Wodurch es gekommen, wir wissen es nicht — Polizei und Eltern des einen Mädchens überraschten die Liebenden; dem Mädchen wurde aufgegeben, binnen 48 Stunden zu den Eltern zurückzukehren, andernfalls sie der Sittenkontrolle unterstellt werden würde. Das junge Mädchen zog das erstere vor, während der Volontär Hannover den Rücken kehrt, der sich wahrscheinlich vor Gericht über die in seinem Besitze gefundenen Patronen und Gewehre zu verantworten hat. Man sagt uns, die Eltern des Volontärs Straube sind über das Vorgehen ihres Sohnes tief bestürzt, der auf einem Gute bei Wunstorf (Hannover) als Volontär beschäftigt war, um die Landwirtschaft zu erlernen. Anstatt in Wunstorf dem Studium der Landwirtschaft obzuliegen, um bereist die Landwirtschaft praktisch betreiben zu können, lebte er in Hannover herrlich und in Freuden — seine freie Zeit und die pekuniäre Unterstützung seiner Eltern erlaubten ihm dieser Extravaganzen. Die Eltern haben sich in ihrem Sohne arg getäuscht und haben es ihm zu danken, daß ihre Namen und ihre soziale Stellung in hannoverschen Zeitungen besprochen werden. Bernünftig denkende Kinder werden ihren Eltern dieser Unzulänglichkeiten ersparen und nicht in so leichtsinniger Weise einen öffentlichen Skandal zum Nachteil ihrer Eltern provozieren, denn uns, abgesehen von den ordnungsparteilichen „Jugendstreichen“, erscheint es unverantwortlich, schäme Patronen und Gewehre zu verbergen, die wahrscheinlich durch einen Vertrauensbruch eines Militärs in die Hände des Volontärs, welcher dem Disziplinstab angehört, gelangen konnten. — Soeben erfahren wir noch, daß die Patronen in einem Koffer und nicht in einer Kiste verborgen gewesen sind. —

Der Staat war gerettet. Am Freitag, den 8. Februar, wurde in Buda der Frau eines Anarchisten beerdigt. Die Genossen des Mannes hatten einen Kranz mit schwarzer Schleife gespendet mit der Widmung: Gemahlin von den Anarchisten Magdeburgs. Als der Trauerzug an der Feld- und Thierstraßen-Ecke angelangt war, erschienen auf einmal 3 bis 4 Schutzleute, welche den Zug anhielten. Sie forderten nun den Vertrauensmann der Anarchisten (da er durch einen der Totengräber als der Ueberbringer des Kranzes benannt worden war) auf, den Kranz vom Sarge herunterzunehmen. Der Aufseher verzweigte dies, ebenso der Schwarm der Bestorbenen. Nun wurde der Kranz unter dem Protekt des Schwarmes von den Schutzleuten heruntergeholt, und der Vertrauensmann mußte mit zur Wache folgen, wo seine Personalien festgestellt wurden. Das Vorgehen der Beamten erregte bei dem umstehenden Publikum große Entrüstung, und manche Wessungen wurden laut, welche für die Reiter der Gesellschaft gerade nicht schmeichelhaft waren. —

Hausfuchungen. Am Sonntag morgen wurde in Magdeburg und Umgegend bei allen bekannten Anarchisten gehäusucht. Gesucht wurde hauptsächlich nach verbotenen Druckschriften, ad Korrespondenzen; doch das Resultat war ein nicht sehr belangreiches, da nur einige Heftchen der Anarchistischen Bibliothek beschlagnahmt wurden. —

100 000 Mark soll der verstorbenen Kommerzienrat Gruson dem Verein für Armen- und Krankenpflege in Buda vermacht haben, melden sagt alle bürgerlichen Blätter von hier und Umgegend. Einige stimmen darob einen Lobgesang an. Was sind 100 000 Mark für einen Mann, der nahezu 60 000 000 Mark Vermögen hat. Ein Arbeiter, der für seine Gewerkschaft resp. für seine arbeitslosen Kollegen pro Woche zehn Pfennig gibt, opfert zehnmal mehr als ein 60 facher Millionär, der einmal 100 000 Mark auswirft. Genau so verhält es sich auch mit dem „Weihnachtsgeschenk“ des Grusonwerkes. —

20 Prozent Dividende zählt ihren Aktionären die Sudenburger Maschinenfabrik und Eisengießerei. Also eine solch ungeheure Summe Mehrwert ist den Arbeitern vorenthalten worden, um sie denjenigen zu geben, die auf Grund ihres Geldes nicht zu arbeiten — brauchen. Die Erzeuger der Werte erhalten das trockene Brot, und die Richterbedürftigen, die Kapitalisten, nehmen die Butter. Das nennt man heute Ordnung! — Wie diese 20prozentige Dividende herausgeschlagen worden ist, werden wir später in besonderen Artikeln nachweisen. —

Magdeburger Urania. Dem Beispiele anderer Städte folgend, wird die Bildung einer Magdeburger Urania ins Auge gefaßt. Dieses Unternehmen will gemeinnützig wirken, will in möglichst weiten Kreisen Kenntnisse der Naturwissenschaften verbreiten und von der Anwendung dieser Wissenschaft auf die hochentwickelte Technik unserer Zeit Kunde geben. Bereits früher haben wir uns zustimmend geäußert und können nur lebhaft wünschen, daß die Gesellschaft Bestrebungen trifft, daß auch alle Kreise Kunde von den Fortschritten der Wissenschaft erhalten. Am vergangenen Montag ist ein Probevortrag unter Benutzung von Apparaten gehalten worden. Wir berichten hierüber. —

Uhrdiebstahl. In der Nacht zum 15. v. Mts ist dem Dachbedeckungsgerüst Hermann Steinbecker hier, Dönnstedterstraße Nr. 6, auf einer Meidute in dem Langloale „Stadt Adln“ hier, Dönnstedterstraße Nr. 74, eine goldene Savonnet Remontuhr im Werte von 160 Mk., auf deren Rückseite innen „H. Steinbecker, Magdeburg“ eingraviert ist, gestohlen worden. Auskunft über den Verbleib der Uhr bezw. über die Person des Diebes erbittet der Erste Staatsanwalt. —

Das Eis der Elbe ist seit gestern morgen hier zum Stehen gekommen. —

Geburten und Sterbefälle. Hier wurden in der Woche vom 13. bis 19. Januar nach dem Bericht des statistischen Amtes geboren 77 männliche, 99 weibliche, zusammen 176; verstorben 7. Gestorben sind 32 männliche, 30 weibliche, zusammen 62 Personen, darunter an Diphtherie und Kramp 7. —

Zugezogen sind in der Woche vom 13. bis 19. Januar 746 und fortgezogen 645 Personen. —

Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb in der Woche vom 4. bis 9. Februar 1895: 137 Rinder (einschließlich 19 Bullen), 431 Kälber, 168 Schafvieh etc., 2604 Schweine (davon 148 Bafonier). —

Zur Thätigkeit der Feuerweh. Am Sonnabend abend kurz nach 7 Uhr war auf dem Grundstück Gr. Klosterstraße 12 beim Aufhauen der Wasserleitung in einer Gießanlage ein Balken bezw. die Zielen in Brand geraten. Ein Kommando der Feuerweh legte die benachbarten Holzstiele frei, und rühte, nachdem eine Feuergefahr nicht mehr vorhanden, nach dem Depot zurück. Am Sonntag vormittag gegen 10 Uhr war auf dem Grundstück Kaiserstraße 104 dadurch eine Feuergefahr entstanden, daß durch einen schadhafsten Kachelofen die Tapete eines Zimmers der 1. Etage in Brand geraten war. Ein Kommando der Feuerweh beseitigte in kurzer Zeit mit der kleinen Handdrückpumpe weitere Gefahr. Am Sonntag mittag kurz nach 12 Uhr wurde vom hiesigen Provinzial-Amt die Feuerweh um Hilfe gebeten. Der Keller der Wäberei war durch Wasserrohrbruch unter Wasser gesetzt. Ein Kommando der Feuerweh hatte mit der Sitzrohrpumpe bis gegen 8 Uhr abends zu thun, um das Wasser zu entfernen. [P]

Olofenstedt. (Soll der Turnverein karitativ sein?) Dem Vorstand des hiesigen Turnvereins ging folgende Verfügung zu: Olofenstedt, den 8. Februar 1895.

Da Sie der schriftlichen Aufforderung vom 2. d. Mts nicht nachgekommen sind, so werden Sie hierdurch nochmals aufgefordert, binnen 24 Stunden mir ein Mitgliederverzeichnis des Turnvereins unter gleichzeitiger Bezeichnung der Vorstandsmitglieder einzusenden. Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so wird gegen Sie eine Geldstrafe von fünfzehn Mark festgesetzt.

Der Amtsvorsteher (Name unleserlich).

Ueber diese Verfügung müssen wir uns sehr wundern; denn der Turnverein kann nie als ein politischer Verein gemäß § 2 des Vereinsgesetzes betrachtet werden. § 2 lautet: „Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder binnen 3 Tagen nach Stifftung des Vereins, und jede Aenderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen 3 Tagen, nachdem sie eingetragen ist, der Ortspolizeibehörde einzusenden, derselben auch auf Geheiß der Behörde bezügliche Auskunft zu erteilen.“ — So sind die Bestimmungen des Gesetzes. Davon, daß Vereine, die keine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, verpflichtet sind, ihre Mitgliederliste der Behörde

einzureichen, steht im Gesetze nichts. Somit beruht die Verfügung auf einem Irrtum. Sollte aber trotzdem bei Nichterreichung der Liste die Strafe verhängt werden, dann erhebt der Vorstand hinständig Widerspruch. —

Hobermüllers. (Bermunglück.) Mittwoch, den 6. Februar, verunglückte der Arbeiter Wigal aus Gransdorf dadurch, daß er während seines Berufes in einem, in der Ketzengießerei mit heißem Wasser gefüllten, Bassin stürzte. Er verbrannte sich beide Beine derartig, daß der Bermunglückte noch selbigen Tages nach der Hallechen Klinik gebracht werden mußte. —

Kangenberg. (Proletarierlos.) In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ist hier selbst ein Handwerksbursche, den man in Fischers Gäßchen im Pferdefall einlogiert hatte, erstorben. —

Salke. (Schiffsch.) Der Segelverein „Frohlin“ zu Westerbüßen beabsichtigt Sonntag, den 10. Februar, im Lokale des Herrn Bausch zu Fernerleben ein Tanzkonzert zu arrangieren. Auf ein Besuch um Erlaubnis ist folgender Bescheid ein: Salke, den 7. Febr. 95.

Auf Ihre Eingabe vom 5. Februar dieses Jahres gerichtet Ihnen unter Bezugnahme auf unsere unterm 23. Januar v. J. an Sie ergangene Verfügung zum Bescheide, daß das anberaumte Vergnügen zur Abhaltung im Lausischen Lokale zu Fernerleben nicht genehmigt wird. Weitere Anträge, welcher Art sie auch sein mögen, bleiben unberücksichtigt.

Der Amtsvorsteher. Schnobel.

Auf welches Gesetz will sich der Herr Amtsvorsteher stützen? Wir kennen nicht ein Gesetz, welches einer geschlossenen Gesellschaft resp. einem Vereine verbietet, ein Vergnügen abhalten zu dürfen. Die Vereine sind nicht einmal verpflichtet, um Genehmigung eines Vergnügens nachzusuchen. Das königliche Kammergericht hat diese Sache klipp und klar zum Ausdruck gebracht, als z. B. der Magdeburger Arbeiter-Verein sich mit einer polizeilichen Verfügung und einer Anzahl Strafmandate herumzuschlug. Hinständig wird der Beschwerdeweg betreten. —

Berlin. (Ernennung) Polizeidirektor Eder aus Frankfurt a. M. ist zum Chef der politischen Polizei ernannt worden. Herrn Eder's Verdienste um die Ordnung sind dem Herrn von Köller nicht unbekannt geblieben. —

Bromberg. (Eine antiseimische Säule nach der andern folgt.) Der Redakteur eines antiseimischen Blattes in Bromberg ist auf Requisition der Staatsanwaltschaft in Mannheim wegen Unterschlagung von Kaffeegeldern verhaftet worden. —

Dresden. (Auf der Spur) Der lang gejuhte Raubmörder Josef Köppler, der in Böhmen und Sachsen zahlreiche Verbrechen verübte, u. a. im Sommer bei Döhlen den Ueberfall auf Sommerhäuser, soll sich in Algier bei der französischen Fremdenlegation unter dem falschen Namen Gimpel befinden. Als er Entdeckung fürchtete, suchte er fahnenflüchtig zu werden, wurde aber gefangen und zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Desweiter hat einen Auslieferungsantrag gestellt. —

Eisfeld. (Auch ein Erzähler.) Wie dem Tagesblatt für Thüringen und Franken mitgeteilt wird, soll ein jüngerer Pflanz eines Nachbarn drei Konfirmanten im Pfarrhause in nicht wiederzugebender Weise gähigigt haben. Anzeige soll bereits erstatet sein. —

Hamburg. (Verhaftet) In Haslingerode wurde eine Armenhäuslerin, die ungefähr 34 Jahre alte Witwe Tegetmeyer, verhaftet und ins Gefängnis gebracht; dieselbe hatte ihr neugeborenes uneheliches, angeblich bei der Geburt verstorbenes Kind in einen alten Mod gewickelt, im Hofe des Armenhauses vergraben und die Stelle mit Brennholz bedeckt. —

Militaria.

Die Anschwellung des Pensionsetats der Militärverwaltung erklärt sich aus den massenhaften Verabschiedungen bei den höheren Offizieren. Seit der letzten am 24. Mai 1894 abschließenden Rangliste sind nach der Zusammenstellung der Vossischen Btg. in der Generalität 4 Generale der Infanterie, 10 Generalleutenants und 19 Generalmajore; bei der Infanterie 38 Obersten, 12 Oberstleutenants, 56 Majore; bei der Feldartillerie 4 Obersten, 5 Oberstleutenants und 15 Majore; bei der Fußartillerie 2 Obersten, 1 Oberstleutenant, 13 Majors; beim Ingenieurkorps, 5 Obersten, 2 Oberstleutenants und 11 Majore; endlich beim Train 5 Majore infolge Abganges ersetzt worden. Alles Männer im kräftigsten Alter. — Bis zum Erscheinen der nächsten Rangliste im Mai aber steht, wie in militärischen Kreisen verlautet, noch ein größerer Schub als derjenige des Vorjahres bevor; ungefähr ein Drittel der vorhandenen Generale und eine nicht unbedeutliche Anzahl von Regiments-Kommandeuren soll noch befeitigt werden. Im Dezember 1894 starb hier ein alter Major, der seit 1849 im Pensionsstande lebte. Dieser Fall aus alter Zeit ist ein Unikum. Jetzt scheint es Regel werden zu wollen, daß Offiziere länger Pension als Aktivitätsgehalt genießen.

Berlin. (Der Vorwärts.) Das Kommando des 4. Garde-Regiments boykottete den Fleischermeister Rehn in der Rathenowerstraße, weil die dort angestellte Mamsell einem Soldaten Wurst in eine Nummer vom Vorwärts eingehüllt hatte. Später ist das Verbot zurückgenommen, weil festgestellt, daß dies unabsichtlich geschehen. Zum Krankflachen! —

Berlin. (Ein Geständnis.) In der Budgetkommission des Reichstages ist seitens der Militärverwaltung erklärt worden, daß nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit die Zahl derjenigen Soldaten, die in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt und einer Disziplinarabteilung überwiesen wurden, ganz erheblich abgenommen habe. —

Berlin. (Soldatenmishandlungen.) Die Tagesblätter besprechen den jüngst im Vorwärts veröffentlichten (und auch von uns reproduzierten) Erlaß des Kaisers, welcher „in erfreulicher Weise den Ernst zeigt, mit dem der Kaiser die Soldatenschindereien verurteilt.“ Glauben wir den Blättern auf das Wort; nur müssen wir immer und wieder darauf hinweisen, daß die Soldatenschindereien im Wesen des Militarismus begründet liegen und daß selbst einzelne Personen, und ständen sie noch so feindlich diesen Schindereien gegenüber, das Uebel nicht bannen können. Thatsachen beweisen. —

Berlin. (Begnadigt!) Begnadigt wurde der Lieutenant Nagel in Freiburg i. B., welcher seinen Schwager, den ehemaligen Offizier v. Buchaire im Duell erschossen hat. Zu drei Jahren Festung war Nagel verurteilt, drei Monate der Strafe sind erst verbüßt. Der Herr Lieutenant hat seinen Dienst wieder aufgenommen. Bei der zweiten Befug der Umsturzvorlage dürfte auch diese Begnadigung besprochen werden — natürlich ohne Erfolg, denn die Begnadigung ist ein Recht der Krone, um das sich niemand zu kümmern hat — sagte erst jüngst in der Umsturzkommission der Herr Generalauditeur der Armee. —

Berlin. (Die Arbeiten der Examinanden.) Der Vorwärts schreibt: Die am Sonnabend, den 2. Februar, nach bestandener Prüfung in die Heimat beurlaubten Kadetten, deren Einstellung als Fähnriche in der nächsten Zeit erfolgen sollte, sind am Sonntag, den 3. Februar, durch persönliches Eingreifen des Kaisers telegraphisch zurückberufen worden, um noch einmal das Examen abzulegen. Es hatte sich herausgestellt, daß die Examinanden trotz strengster Klausur die Arbeiten in unerlaubter Weise behaupten konnten. Der Kaiser soll sehr entrüstet über die Vorkommnisse sein. O Umsturz, wo wühlst du nicht überall. —

Saalfeld. (Harte Strafe.) Der frühere Redakteur des Saalfelder Volksblattes, J. Becker, wurde wegen Vergehen gegen § 102 des Militärstrafgesetzbuches zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Kaiser kassierte das Urteil und Genosse Becker wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt — das in diesem Falle höchst zulässige Strafmaß. Als Grund seiner Bestrafung giebt Becker in einem Briefe an den Vorwärts an, er sei nach seiner Meinung unschuldig mit drei Tagen Mittelarrest belegt worden und habe seinem Unmute „in einer Kritik gegen das Beschwerderecht des gemeinen Soldaten Luft gemacht“ — allerdings in etwas derber Form. Die sozialdemokratische Fraktion wird diesen Fall im Reichstage zur Sprache bringen und den Nachweis auch an diesem Beispiele führen, daß bereits heute kleine Vergehen unter Umständen mit hohen Strafen belegt werden können. —

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 9. Februar 1895. Aus dem Reichstage. Die Debatte über die Interpellation des Abg. v. Stumm, betreffend Verhütung des Verlustes von Menschenleben bei Seegefahr füllte die ganze heutige Sitzung aus. Unsere Partei trat für strenge staatliche Beaufsichtigung des Schiffsbauwes ein und konnte sich mit den Erklärungen, die der Herr Reichskanzler gab (vergleiche dieselben) nicht ganz einverstanden erklären. Diesmal waren wir in „guter Gesellschaft“. Auch die Abgeordneten v. Stumm und Manteuffel traten für die staatliche Kontrolle ein, während dieselbe von den nationalliberalen Abgeordneten Feiben und Möller bekämpft wurde. Die Erklärungen des Reichskanzlers genügten der freisinnigen Vereinigung und Centrum. Seltens des Abg. Dr. Jahn wurde der „Germanische Lloyd“ beschuldigt, daß er seine Offiziere schlecht bezahle und zu Arbeiten anhalte, die ihnen nicht zukommen. — Die erste und zweite Lesung des Entwurfs über die Konsulatsgebühren wurde debattelos erledigt. Montag erfolgt die zweite Lesung des Etats und zwar folgende Spezialetat: Reichstag, Reichskanzler und Reichskanzlei, Reichsamt des Innern. Da nunmehr wichtige Abstimmungen erfolgen, dürfte auf ein beschlußfähiges Haus zu rechnen sein. —

33. Sitzung vom 9. Februar. Eingegangen sind Gesetzentwürfe wegen Bestrafung des Slavenhandels und Slavenraubes sowie betr. Ausnahmestimmungen für die Sonntagstraße in der Industrie.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die von den Abgg. Frhn. v. Stumm und v. Manteuffel eingebrachte Interpellation: Beabsichtigen die verbündeten Regierungen, Maßregeln zu ergreifen, um den durch den Untergang von Schiffen verursachten Verlust von Menschenleben mehr als bisher gelindert zu werden? Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung ergreift das Wort Abg. Frhn. v. Stumm (Reichsp.): Die Katastrophe, der die „Elbe“ angeimgelassen ist, hat überall lebhaften Widerhall gefunden. Man ist dabei, die materiellen Schäden gut zu machen, aber es fragt sich doch, ob es nicht notwendig ist, Maßnahmen zu ergreifen, um solche Katastrophen möglichst zu verhindern. An dem Verfall der Mannschafft und des Kapitäns hat die Katastrophe nicht gelegen, denn das war unglücklich. Während alle Fabriken und Bergwerke der polizeilichen Aufsicht unterliegen, ist dies bei der Konstruktion der Schiffe nur in geringem Maße der Fall. Die Verhandlungen der einzelnen Gesellschaften wegen Unfallversicherungsbedingungen haben leider zu keinem Ergebnis geführt. Wenn Fabrikinspektoren der Industrie Unfallversicherungsregeln auferlegen können, so müßte dies auch für den viel gefährlicheren Seeverkehr geschehen.

Das Arbeiter-Schutzgesetz hat die deutsche Industrie auch in gewissem Maße in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschädigt. Man könnte ja auch international die Sache regeln. Auch Bestimmungen über das Ausweichen der Schiffe sind um so notwendiger, als die kleinen englischen Kohlendampfer vorwiegend im Kanal Unruh treiben. Wir müssen auf jeden Fall dafür sorgen, daß Menschenleben auf der See mehr geschützt werden als bisher. (Beifall)

Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe: Die Regierung wende ihre Aufmerksamkeit nach drei Richtungen: 1. Auf die Sicherstellung der Seetüchtigkeit der Schiffe durch staatliche Aufsicht, 2. Sicherstellung des internationalen Seefahrtensrechts, 3. Ausbesserung der Schiffe mit Rettungsmitteln. Die verbündeten Regierungen haben mit der ganzen Nation lebhaften Anteil an dem jurchbaren Unglück der „Elbe“ genommen. Die Bewährte, die in auswärtigen Blättern gegen die Leistung des Schiffes erhoben wurden, entstehen nach den angefertigten Erhebungen jeder Begründung. Rehrer erklärt zu Punkt 1 der Interpellation, daß infolge Abkommens zwischen den Seevereinigungsgesellschaften und dem Schiffersklassifikationsinstitute „Germanischer Lloyd“ sich die Beteiligten verpflichtet haben, durch ihre Organe den Schiffsbau zu überwachen. Dadurch werde sich die Einführung einer Reichskontrolle über den Schiffsbau vermeiden lassen; sollten sich gleichwohl Mängel ergeben, so würden sich die Regierungen der Einführung einer staatlichen Ueberwachung des Schiffsbauwes nicht entgegenstellen können. Bezüglich Punkt 2 hofft der Reichskanzler, daß bis zum nächsten Winter alle Schiffe der drei verbündeten Nationen sich den an der Washingtoner Konferenz vereinbarten Vorschriften angegeschlossen haben werden. Die Einführung sei bisher wegen Englands Buntz, den Einführungsstermin hinauszuschieben, noch nicht erfolgt. Das Barentsland kann stolz sein, daß die Bemannung der „Elbe“ furchlos und treu in den Tod gegangen ist. (Beifall)

Auf Antrag des Frhn. v. Duol findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Feiben (nat.-lib.): Die Antwort des Reichskanzlers genügt mir vollständig. Es ist kein Grund vorhanden, den deutschen Schiffsbau unter staatliche Aufsicht zu stellen und ihn in dem internationalen Wettbewerb zu lähmen. Die deutsche Handelsmarine arbeitet mit dem besten Material. Die staatliche Aufsicht vergrößert keine Kosten auf See. Wenn die „Elbe“ wegen Sturm oder Unwetter Havarie erlitten hätte, so läge die Sache anders, aber dieses Schiff ist anerkannt vorzüglich gewesen. Es ist schon oft gerettet worden, mit welcher Vollständigkeit und Leichtfertigkeit das englische Schiff geleitet gewesen ist, dessen Kapitän die Havarie an seinem Schiff beseitigt und sich dann schlafen gelegt hat, weil ihm ja nichts passiert war.

Abg. Singer (Soz.): Ich freue mich, in einer Forderung mit Frhn. v. Stumm übereinzustimmen, aber er geht noch lange nicht weit genug. Die Antwort des Reichskanzlers erfüllte mich mit Bedauern, weil aus ihr hervorgeht, daß die verbündeten Regierungen die Forderung

haben, aus Schonung finanzieller Interessen ein geschicktes Eingreifen zu unterlassen. Wenn die deutsche Flotte ihre Konkurrenzfähigkeit nur aufrecht erhalten kann durch Gefährdung von Leben und Gesundheit der Besatzung, dann ist es besser, die Flotte zu unterlassen. Es ist ja nicht auf allen Meeresreisen so gute Zustände, wie sie zweifellos auf der Fahrt nach Japan bestehen. Wie es oft wirklich zugeht, beweist das berühmte Telegramm des Herrn Schiff aus Ostsee: „Schiff verloren, Mannschaft leider gerettet.“ Eine Risikoflotte der Schiffe von Staatswegen ist durchaus notwendig. Die Seemanns-Vereinsvereine sind nicht geeignet, die Kontrollaufgaben zu übernehmen, die ihr der Reichstag zuerkannt hat. Schon lange besteht in kaufmännischen Kreisen das Verlangen nach Errichtung einer Behörde, der diese Aufgaben zufallen. Der bekannte Reutlinger Liebhafel schlägt sich, wie die Broschüre von Wislicenus beweist, darüber, daß, während man früher von jedem Schiffe verlangte, es solle den schwersten Sinnen bestehen können, heute Schiffe in See gehen, die jeden Augenblick kentern können. Er sowie andere Sachverständige fordern Schiffe und staatliche Organe zur Überwachung des Schiffbaues.

Der Reichstag hat sich zwar mit einer Kontrolle seiner Schiffe einverstanden erklärt, aber es handelt sich hier nicht um eine lex Fejérvári, sondern um eine für alle Meeresfahrten bestimmte Gesetz. Namentlich muß die Überwachung verhindert werden, und deshalb ist ein Gesetz über die obligatorische Anbringung von Tieslabarometern notwendig. Die Regierung will die Kontrolle dem „Germanischen Lloyd“ übergeben. Dieser Lloyd hat zwar bis jetzt keine Dividende gezahlt, aber sie ist doch eine Aktiengesellschaft, die nichts anderes will als Geschäfte, einen Gewinn zu machen. Wie das deutsche Reich dazu kommt, die Dividende einer Privatgesellschaft zu vernachlässigen, ist mir unverständlich. Was soll denn der „Germanische Lloyd“ eigentlich machen? Es handelt sich doch nicht lediglich um Maßregeln für die Seefahrt, sondern auch darum, den Aufenthalt auf dem Schiffe möglichst zu machen. Der „Germanische Lloyd“ wird auch gar nicht in der Lage sein, jene Obliegenheiten zu erfüllen, schon seiner ganzen Organisation nach nicht, und dann bestreuen, weil die 20 000 Mark, die das Reich dafür ausgeben will, gar nicht genügen. Von der Seemannsvereinsvereine ist nicht viel zu erwarten, denn diese hat das Bedürfnis nach möglichst geringen Kosten. Der Staat muß selbst eintreten. Die Konkurrenzfähigkeit wird nicht vernachlässigt durch die staatliche Kontrolle, denn das Land, das die besten Schiffe hat, wird auch den meisten Zulass haben. Die Kontrolle für die Ausrüstung der Schiffe mit Rettungsmaterial kann einzig und allein von einer unabhängigen Reichsbehörde ausgeübt werden. Wie man sie in die Hände der Seemannsvereinsvereine, so legt man den Bod zum Vortritt. Man sollte diese Frage nicht im Interesse der kapitalistischen Unternehmer lösen, sondern im Interesse der Seemannsvereinsvereine, die Leben und Gesundheit dem Schiffe anvertrauen, und eben deswegen sollte man sich hüten, aus finanziellen Gründen möglichst billig wegzukommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

Staatssekretär v. Boetticher hebt hervor, die Kenntnis der Unfallverhütungsvorschriften ist jedem Seemann zur Pflicht gemacht; er weist elygehend nach, daß die vorgeschlagene Beaufsichtigung des Schiffbaues durch die Seemannsvereinsvereinsvereine und den Germanischen Lloyd der einzig gangbare Weg sei. Sollten sich doch Mängel zeigen, so wird eine Reichskontrolle eingeführt werden. Kein Schiff kann so konstruiert werden, daß es unter allen Umständen erhalten bleibt. Zunächst empfiehlt es sich, den Erfolg des von der Regierung vorgeschlagenen Weges abzuwarten.

In der weiteren Debatte beteiligen sich Sieber, Böttcher, Mantraffel, Müller (nat.-lib.), Jochen, Richter. Debatte wird sodann in erster und zweiter Lesung die Vorlage über die Konjunkturgebühren angenommen. Montag: Dritte Beratung dieser Vorlage und des Etats.

Die Justizkommission des Reichstages verwies mit 14 gegen 8 Stimmen das Verbrechen des Meineids zur Kompetenz der Strafkammern. Unsere Partei stimmte dagegen.

Reichstagswahl. Der Bund der Landwirte giebt bekannt, daß im Wahlkreise Magdeburg-Unt. Johannisburg ein Herr v. Borcke als Kandidat des Bundes aufgestellt ist. Wir werden es noch erleben, daß auch dieser Herr die Flinte in das Korn wirft. Dies den Zeitartikeln.

Die Thätigkeit der Agrarkommission.
-t. Berlin, den 10. Februar 1895.
Sonntag nachmittag 2 Uhr tagte im Reichstagsgebäude die vom Parteitag zu Frankfurt a. M. eingesezte Agrarkommission unter dem Vorsitz des Genossen Liebhafel. Anwesend waren die Genossen Liebhafel, Birk, Bock, Hug, Dr. David, Ged, Katzenstein, Mollenhuth, Dr. Quard und Vollmar. Seitens des Parteivorstandes wohnte den Verhandlungen Genosse Pfannkuch bei. Auf Antrag des Genossen Dr. Schönlanke wurde Genosse Ged beauftragt, die Verhandlungen aufzunehmen und das Ergebnis der gesamten Parteipresse zuzustellen. Wir sind daher nicht in der Lage, einen eigenen Bericht unserer Beseren zu unterbreiten und sind auf den offiziellen Bericht angewiesen. Wir behalten uns jedoch vor, auf die Verhandlungen zurückzukommen. Seitens der Redaktion der Leipziger Volkszeitung ist an die Agrarkommission die letzte Nummer dieses Blattes verteilt worden, welche die Thätigkeit der Agrarkommission bespricht und ihr das Amt einer Studienkommission und Programmkommission zuweist.

Neueste Nachrichten.
New-York. Von dem überfälligen Dampfer „La Gascogne“ fehlt zur Stunde jede Spur. Die Angehörigen der Gascogne-Passagiere belagern die Bureaus der Kompagnie. Herzzerreißende Szenen spielen sich hier ab. Man nimmt an, daß sich der Dampfer verflüchtigt habe.

Zur Lokalfrage.
Die Lokalkommission hat ihre Umfrage beendet. Infolge der mündlichen Verhandlungen haben die Saalbesitzer eine dritte Versammlung einberufen, in der endgültig über die Lokalfrage entschieden werden soll. Um den Saalbesitzern nicht vorzugreifen, geht die Lokalkommission die Berichterstattung bis nach dem Bekanntwerden der Stellung der Saalbesitzer zu den Beschlüssen der Parteiversammlung aus und wird dann in der Presse sowie in einer Parteiversammlung Bericht erstatten. Unsere Parteigenossen wollen sich daher noch kurze Zeit gedulden.

Gegen die Vergnügungsvereine
geht die Polizei in Potsdam jetzt sehr scharf vor. Nachdem vor einiger Zeit der Verkauf von Billets zu Tanzvergnügungen und das Erheben von Tanzgeld verboten

worden, weil es als die Veranstaltung eines öffentlichen Tanzvergnügens angesehen wurde, wird neuerdings den Vereinen auch unterlagt, ein Garderobengelb zu erheben, da dies nur eine Umschreibung des Eintrittsgeldes bedeute. Selbst in bürgerlichen Kreisen erregt das Vorgehen der Polizei einiges Kopfschütteln.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.
Arbeiterverein. Am Mittwoch den 6. Februar sollte in Müllers Lokal eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung vom Allgemeinen Arbeiterverein für Magdeburg und Umgegend stattfinden. Als der Vorsitzende die Versammlung eröffnete, stellte ein Mitglied den Antrag, die Versammlung wegen zu schwachen Besuchs nicht tagen zu lassen und den Kassen- sowie Jahres-Bericht in der Volksstimme zu veröffentlichen. Dieser Antrag wurde angenommen. Hierauf wurde die außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Allgemeinen Arbeitervereins wieder geschlossen.

Turnverein „Vorwärts“. Jeden Dienstag Unterricht Arbeiter-Vergnügungsverein Magdeburg. Übungsstunde abends 8 1/2 Uhr im „Goldenen Kopf“, Rathenauerstr. 5
Erster Sudenburger Athleten-Club. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr Übungsstunde.
Turnverein „Vorwärts“, Sudenburg. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunden in der „Herbster Bierhalle“.
Männer-Turnverein „Einigkeit“, Sudau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Übungsstunde in „Friedrichsplatz“, Leipzigerstr. 52.
Arbeiterbildungsschule Neue Neustadt. Unterrichtsstunden von 8 1/2—10 Uhr in Grunow's Restaurant.

Mittwoch, den 13. Februar:
Gesangsgruppe des sozialdemokratischen Arbeitervereins Groß Ottersleben. Übungsstunde jeden Mittwoch im Lokale der Frau Wasserzieher.
Gesangsverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Hofmann, Waldenstraße.
Gesangsverein „Einigkeit“, Sudau. Übungsstunde Mittwoch abends in Balzers Restaurant, Klosterbergstraße.
Turn-Verein „Germania“. Jeden Mittwoch Übungsstunde in „Grafs Garten“.

Briefkasten.
Richtigstellung. Unter Parl. Nachrichten vom 7. d. Mts. lies 3. Seite 2. Spalte 5. Zeile oben: was die Heger schreiben nicht lesen, und was die Heger reden nicht hören sollen. Außerdem befinden sich in gleichem Artikel Buchstabenfehler, die unsere Leser wohl selbst korrigiert haben. — In dem Artikel Das Uwe bleibt ein gedullter Nord lies 1. Seite 3. Spalte 3. Zeile von unten: auf den und nicht auf der. 7 Zeilen weiter lies Offizier statt Offizier. —
M. Otterleben. Es beabsichtige einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der Agrarkommission schon in heutiger Nummer zu bringen. Die Ausführung scheiterte aber an den Beschlüssen der Kommission. Siehe den besprochenen Artikel.
B. und andere. Soweit wir unterrichtet, wird in der Zeit vom 25. Februar bis 2. März in einer Volksversammlung Genosse Grillenberger-Rürnberg über die Stellung des Unternehmertums zu den Organisationen deutscher Arbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Debatte vom 7.—9. Februar im Reichstage, reden. Die Versammlung wird von dem Vorreger des Arbeitsnachweises einberufen werden. Sämtliche Gewerkschaften wollen im Laufe angekündigter Woche keinerlei Versammlungen einberufen. —
Zeitungs-Kommission: Dienstag abend 8 Uhr.

Die Buchdruckerei
von
LOUIS ARNOLDT
Schmiedehofstrasse No. 5/6
empfiehlt sich zur
Anfertigung sämtl. Drucksachen
wie:
Plakate, Rechnungen, Zirkulare, Programme,
Adress-, Visit- und Eintrittskarten, Statuten,
Formulare aller Art
bei prompter Bedienung und billiger Berechnung.

Sudenburg. 151
Billig! Alle Sorten Teller und Töpfe Billig!
zu ganz billigen Preisen stets zu haben bei
Marquardt, Sudenb., Br. Weg 114/15
Bei vorkommenden Fällen empfehle mein
Sarg- u. Möbelgeschäft.
R. Richter, 125
Alte Neustadt, Weinbergstr. 24.
Böhm. Braunkohlen, Steinkohlen u. Braunkohle empfiehlt u. liefert billigst auch nach Magdeburg u. d. Umgegend A. Krietsch Nachf., Westerbäsen a. d. Elbe, Sternstr. 1155
Zur Anfertigung von Grabsteinen aller Art empfiehlt sich **H. Schaefer,** Neustadt, Hochstraße 12.

Der Circus wird durch Dampfheizung geheizt.
Circus in Magdeburg.
Texas Jack's American Prairie Life Show.
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Billets v. 10—6 Uhr im Eigarren-Geschäft des Hrn. C. Jacobs. Abend-Billets an der Kasse.
Mittwoch, 13. d. M. nachm. 4 Uhr: Zweite Schülervorstellung.
Ch.-fr. Kohle, Paul, S. des Maler Ernst Schimpf. Fröh, S. des Stellmachers Frdr. Emald. Franz, S. des Tischlers Franz Kraus. Robert, S. des Arbeiters Robert Erdmel. Margarete, T. des Arb. Julius Straube. Albert, S. des Herrenkleidermachers Ad. Blüthmann.
Todesfälle: Wilhelm Maul, Privatmann, 79 J. 10 M. 29 T. Anna, unehel., 4 M. 20 T. Gustav Hartmann, Arbeiter aus Klein-Ottersleben, 61 J. 10 M. 24 T. Max, S. des Schneiders Ludwig Bunnig, 1 J. 27 T. Friederike geb. Meyer, Ehefr. des Tischlers Albert Schütz, 65 J. 5 M. 6 T. Karl Schaper, Arbeiter, 50 J. 9 M. 16 T. Hermine geb. Ohmeyer, Ehefrau des Schuhmachers Rud. Schlauf, 52 J. 10 M. 16 T. Gustav, S. des Postwärt. Gustav Wege, 7 M. 27 T. Lucas Böhm, Papierhändler, 62 J. 11 M. 4 T. Friedr. Verms, Arb., 52 J. 3 M. 22 T. Martha, unehelich, 2 M. 7 T.

Sieben erschienen:
Die Sozialdemokratie
und das
Allgemeine Stimmrecht.
Mit besonderer Berücksichtigung des
Franco-Stimmrechts und Proportional-Wahlrechts.
Von **August Bebel.**
Preis 20 Pfennig.

Homöopathie!
Visser, homöopath. Prakt.
Magdeburg, Labakstrasse 3
(früher lange Jahre bei dem berühmten homöopath. Arzte Dr. Volbeding, Papehofer).

Nur für Wiederverkäufer!
Cigarrenspitzen in allen Holzarten, Meerchaum, Bernstein,
Cigarettenspitzen Holzspitzen jeder Art, kurze, halblange und lange Pfeifen, sowie alle anderen Rauchrequisiten liefert billigst
Gustav Klein jr.
70 Heilbronn a. N.

Die Expedition der Volksstimme.
Arbeitsnachweis und Auskunfts-Bureau
der
Gewerkschaften Magdeburgs
mit Zentral-Herberge
Kleine Klosterstraße Nr. 15/16.
Kostenlose Arbeitsvermittlung und Auskunfts-Erteilung in gewerblichen Streitfragen.
Gesucht werden:
1 Lötzer (Schraubendreher), mehrere Wajustellen, 1 junges Mädchen, welches seine Plättchen säubern will.
Es suchen Stellung:
1 tüchtige Plättlerin für Druckerei und Härberer, größeres Restaurant oder Hotel zum 1. März (gute Zeugnisse), 1 tüchtiges Mädchen für Küche und Haus sofort.

Esra hochgeehrtes Herrgen und ansehnlichen Publikum bringe ich meine vollständig neu und elegant ausgestattete
Ausschank für Dampf-, Wasser-, Voll-, Kumpf-, Sitz- u. Kranenräder, Leinwand, Beste, Messer etc.
zu empfehlende Erzeugung. Besondere Empfehlung empfehle ich meine Kaffee- und Dampfbäder, welche selbst von schwachen Personen mit großer Wirkung genossen werden können. Ein weiterer Vortrag meiner Musik ist bei Gelegenheit des 1. Tages: Harmonik, Musik- und Schachturnier. 2. Tages: Dampfbad. Sonntag von 8 Uhr früh bis 9 Uhr nachm., Sonntag bis Mittag. Arztlicher Rat: Dr. med. Hirschfeld, Spreebänker: 10—11 1/2 Uhr.
E. Seebach, Sr. Schrif. 4.

Sudenburg, den 9. Februar 1895.
Eheschließungen: Fabrikarbeiter Josef Szaj mit Katharine Wiegand hier. Schuhmacher August Karl Wolf mit Helene Ida Anna Hermann hier.
Geburten: Otto, S. des Feilenhauer- und Friseur Franz Reinhardt. Martha, T. des Straßenbahnkassiers Ed. Jordan. Wilhelm, S. des Schlossers Wilhelm Gürtze. Robert, S. des Arb. Wilhelm Dehrens. Karl, S. des Arb. Alwin Rothe. Ida Marie, unehelich.
Todesfälle: Martha, T. des Schuhmachers Heinrich Gander, 17 T. Alma geb. Schmidt, Ehefrau des Handwerksmeisters Karl Fromme, 25 J. 1 M. 25 T.

Freie Religions-Gesellschaft.
Mittwoch, den 13. Februar:
Wiederbeginn
des Religions-Unterrichts.

Wittung.
Für Wittung gingen ein: Verein Gut Schall 3 M.
Der Vertrauensmann.
Standesamt.
Magdeburg, den 9. Februar 1895
Aufgebot: Edmund Gustav Adolph Kappeler hier mit Agnes Emma Schröder in Ottersleben.
Eheschließungen: Protokoll Karl Dietrich in Hamburg mit Anna Diefel 5 Bahnarbeiter Ludwig Schabowski mit Maria Franz hier. Peter Reinhold Gieseler mit Anna Franz hier.
Geburten: Frieda, T. des Schuym.
Todesfälle: Frieda, unehelich, 9 M. 2 T.
Volkstische.
Dienstag: Stutenjuppe mit Nudeln.
Mittwoch: Kohlraben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Stutenjuppe mit Kartoffeln.
Freitag: Große Bohnen mit Kartoffeln.
Sonntag: Stutenjuppe mit Nudeln.